

Dienstag, 3. Dezember 2013

Wirtschaft

24

DIE ZAHL

57,4

Milliarden Dollar haben die Amerikaner am Thanksgiving-Wochenende für den Konsum ausgegeben. Das waren 2,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Damit ging der Umsatz erstmals seit 2009 zurück, wie der Detailhandelsverband National Retail Federation (NRF) mitteilt. Die Konsumenten seien zwar zahlreich in die Geschäfte geströmt und hätten fleissig online bestellt, doch hätten sie dabei mit 407 Dollar im Schnitt weniger Geld ausgegeben als im Vorjahr. Die NRF hat errechnet, dass 141 Millionen Konsumenten das lange Thanksgiving-Wochenende von Donnerstagmorgen bis Sonntagabend für Einkäufe nutzen wollten. Das sind 59 Prozent der Erwachsenen und 1,2 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Viele Geschäfte hatten erstmals bereits am Thanksgiving-Tag selbst geöffnet, den viele amerikanische Familien mit dem traditionellen Truthahn-Essen begehen. (afp)



Stadler stärkt Service-Geschäft

BUSSNANG. Der Ostschweizer Schienenfahrzeugbauer Stadler Rail baut seine Tätigkeit im Kundenservice weiter aus. Letzte Woche hat Stadler dem deutschen Industriekonzern Voith dessen niederländische Service-Tochter Voith Rail Services abgekauft. Diese hat vier Standorte mit drei Werkstätten, 100 Mitarbeitende und setzt 20 Mio. € um. Das Unternehmen, das neu Stadler Netherlands heisst, verfügt über langfristige Instandhaltungsverträge mit den vier Bahngesellschaften Arriva, Veolia, Connexion und Regio Utrecht. Diese betreiben 84 Gelenktriebwagen (GTW) von Stadler sowie 38 Strassenbahnen anderer Hersteller. Stadler betreibt Werkstätten für Instandhaltung, mobilen Service und Reparaturen in mehreren Ländern. Kürzlich wurden weitere langfristige Service-Verträge unterzeichnet, darunter einer fürs Ersatzteilmanagement der neuen BLS-Doppelstöcker vom Typ Kiss. (T.G.)

Saab baut wieder Autos

STOCKHOLM. Im schwedischen Trollhättan ist gestern nach zwei Jahren wieder ein Saab vom Band gerollt. Der neue Saab-Eigentümer, das chinesisch-japanische Konsortium National Electric Vehicle Sweden (Nevs), nahm die Produktion des Saab 9-3 Aero Sedan wieder auf. Im nächsten Jahr will der Autobauer auch ein Elektromodell der Limousine auf den Markt bringen. «Ich bin sehr froh und stolz», sagte der Haupteigentümer Kai Johan Jiang. Die grösste Herausforderung sei es gewesen, die Zulieferkette wieder aufzubauen, fügte Nevs-Präsident Mattias Bergman hinzu. Zunächst sollen lediglich zehn Autos pro Woche in Trollhättan gebaut werden. Langfristig liege der Fokus auf dem chinesischen Markt. (dpa)

Die WTO am Scheideweg

Die Chancen für einen erfolgreichen Abschluss an der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation auf Bali stehen ungünstig. Ein Scheitern würde den Glauben an das multilaterale Handelssystem weiter in Zweifel ziehen.

CHRISTIAN MIHATSCH

PHNOM PENH. «Ich werde den Ministern sagen, dass wir wirklich nah an einen erfolgreichen Abschluss gekommen sind, aber dass die Ziellinie einmal mehr unerreichbar blieb.» Das sagt Roberto Azevêdo, Chef der Welthandelsorganisation (WTO), im Vorfeld der Konferenz der Handelsminister der WTO-Mitgliedsländer, die heute auf der indonesischen Insel Bali beginnt. Doch es trifft sich schlecht, dass die umstrittenen Themen «zu viele und zu technischer Natur» sind, um von den Handelsministern erfolgreich verhandelt zu werden, wie Azevêdo selber sagt.

Erfolg selbst im Agrarsektor

Doch erst zu den unumstrittenen Themen: Die WTO-Mitglieder haben sich bereits darauf geeinigt, den ärmsten Ländern der Welt besseren Zugang zum Weltmarkt zu verschaffen. Das umfasst Herkunftsregeln für Industrieprodukte, einfachen Zugang für Dienstleistungsexporte und einen Mechanismus, der den bevorzugten Marktzugang der Entwicklungsländer überwacht. Zudem soll diesen bei der Vereinfachung von Zollformalitäten geholfen werden. Und selbst im Agrarsektor kann die WTO Erfolge vermelden: So soll etwa der Abbau von Exportsubventionen für Agrarprodukte beschleunigt werden. Ferner sollen Importquoten, die sowieso nicht voll genutzt werden, wegfallen. Das gilt allerdings nicht für die USA: Als einziges Industrieland haben die USA die Möglichkeit, derartige Quoten zu behalten.

Indien vollzieht Kehrtwende

Unüberwindlich waren dafür die Gegensätze bei zwei anderen Themen. Indien beharrt darauf, Nahrungsmittel zu überhöhten Preisen von armen Bauern kaufen zu dürfen. Hintergrund ist ein neues Gesetz: Indien plant, an zwei Drittel der 1,2 Milliarden Inder subventionierte Lebensmittel abzugeben. Und das dazu erforderliche Getreide soll zu einem Preis, der über dem Weltmarktpreis liegt, angekauft werden. Doch dagegen laufen jene Staaten Sturm, die Getreide exportieren, sowohl Industriestaaten



Der Handel und die Preise für Getreide sind ein Streitpunkt zwischen den WTO-Mitgliedsländern.

Bild: ap/Seth Perlman

wie die USA als auch Schwellenländer wie Argentinien.

Um diesen Streit zu entschärfen, hatte man sich auf eine «Friedensklause» geeinigt: «Die indischen Subventionen sind zwar illegal, werden aber während einer Übergangsfrist nicht vor dem WTO-Schiedsgericht angefochten.» Damit hätte Indien Zeit, den Getreideankauf zu reformieren. Doch kurz vor Ende der Vorbereitungskonferenz in Genf hat Indien diese «Friedensklause» wieder in Frage gestellt.

Umstrittener Gütertransport

Keine Einigung gab es zudem bei der Erleichterung einiger Zollformalitäten. Umstritten ist vor allem der Transit von Gütern – ein Thema, das besonders für Binnenländer wichtig ist. Auf dem Tisch liegt der Vorschlag, dass die Herkunft der Güter im Transit keine Rolle spielen darf. Doch damit können sich nicht alle Länder anfreunden. Schwierig ist zudem der Transit von Öl und Gas mit Hilfe von Pipelines. Für die Empfängerländer ist zen-

tral, dass die Transitländer nicht einfach die Leitung zudrehen.

Einigung gibt es bei einigen anderen Themen wie dem Informationsaustausch zwischen den Zollbehörden des Export- und des Importlandes. Zudem hat

man sich darauf geeinigt, dass alle Zollformalitäten an einem einzigen Schalter abgewickelt werden müssen. Mit solchen Erleichterungen lassen sich enorme Wohlfahrtsgewinne erzielen: Das Peterson Institute for Inter-

national Economics hat errechnet, dass durch den Abbau und die Vereinheitlichung von Zollformalitäten die Leistung der Weltwirtschaft um 1000 Mrd. \$ oder 1,4% erhöht werden könne.

Die Armen als Verlierer

Aber das ist nicht der einzige Grund, warum Azevêdo die Minister beschwört, alles für einen erfolgreichen Abschluss zu tun. Denn in Bali steht das multilaterale Handelssystem auf dem Spiel: «In Genf haben wir das Ende des Prozesses erreicht. Ein Misserfolg in Bali hätte schwerwiegende Folgen für das multilaterale Handelssystem.» Denn die WTO hat seit ihrer Gründung 1995 noch keinen einzigen neuen Handelsvertrag beschliessen können. Floppt Bali, besteht die Gefahr, dass viele Länder die WTO als Verhandlungsforum nicht länger ernst nehmen. Zu leiden hätten vor allem die Armen, sagt Azevêdo: «Nicht einem einzigen Menschen, der in Armut lebt, wird es besser gehen, wenn wir in Bali versagen.»

Blockade bei Elektronik

CHRISTIAN MIHATSCH

PHNOM PENH. Am WTO-Treffen auf Bali sollen auch einige kleinere Handelsverträge erweitert werden, denen nur ein Teil der WTO-Mitglieder angehört. Eines davon ist das Abkommen über Informationstechnologie (ITA). Gemäss diesem können Computer und andere Elektronikartikel zollfrei eingeführt werden. Die Liste der Produkte stammt aber aus dem Jahr 1996, als es weder Smartphones noch Tablets gab. Deshalb soll die Liste um 250 Produkte erweitert werden.

Dagegen wehrt sich ausge-rechnet der grösste Exporteur

von Elektronik: China. Peking will auf 140 dieser Produkte die Möglichkeit behalten, Zölle zu erheben. Für John Neuffer, Chef des Industrieverbands Information Technology Industry Councils, ist Chinas Haltung unbegreiflich: «Alle Verhandlungsdelegationen, und ich meine alle, arbeiten sehr hart, um Kompromisse zu schliessen – mit Ausnahme von China. Dabei wird China einer der grössten Nutzniesser dieses Abkommens sein. China verliert sein Gesicht, und man fragt sich, ob sich China bewusst ist, welchen Einfluss dies auf Chinas Beteiligung an anderen Handelsabkommen hat.»

Banken im Schlusspurt

In einer Woche will die Finanzmarktaufsicht wissen, wie es die Schweizer Banken mit dem US-Programm zur Beilegung des Steuerstreits halten. Die Geldinstitute rechnen bis zuletzt, auch in der Ostschweiz.

THOMAS GRIESSER KYM

Bis kommenden Montag müssen die Schweizer Banken der Finanzmarktaufsicht (Finma) melden, ob sie am US-Programm zur Beilegung des Steuerstreits teilnehmen und wenn ja, in welcher Gruppe sie sich provisorisch sehen. Gruppe 1 sind jene 14 Banken wie CS, Zürcher KB, Julius Bär oder früher Wegelin, gegen welche die US-Justiz bereits ermittelt. Gruppe 2 ist für Banken, die unbesteuerbare US-Vermögen verwaltet haben. Ihnen drohen Bussen von 20% bis 50% dieser Schwarzgelder. Gruppe 3 ist für Banken mit steuerkonformen US-Vermögen, Gruppe 4 ist für

kleine Banken mit weitgehend lokaler Kundschaft. Die Urner KB etwa hat bereits kundgetan, sie sehe sich in Gruppe 4.

Bei Ostschweizer Banken lautet der Tenor, dass sie voraussichtlich um die Jahreswende informieren wollen. Die Thurgauer KB hatte 400 Kunden mit Domizil USA und 50 Mio. Fr. Vermögen, wie Bankchef Peter Hinder gesagt hatte. Von diesen Kunden hat sich die TKB mittlerweile getrennt. «Deutlich weniger» Kunden seien Doppelbürger oder Inhaber einer Green Card. Wie Hinder weiter gesagt hatte, könne eine Teilnahme am US-Programm aus Gründen der Rechtssicherheit Sinn machen.

«Eine höhere Rechtssicherheit» als bei einem Abseitsstehen nennt auch Stephan Weigelt, Chef der Acrevis, als einen Grund, warum ein Mitmachen der Regionalbank «eher im Vordergrund steht». Momentan sei Acrevis «im Schlusspurt des Entscheidungsprozesses». Der Anteil der US-Kunden am Kundenbestand der Acrevis sei «sehr tief». Noch nicht entschieden hat auch die Appenzeller KB.

Die Gruppe der St.Galler KB mit ihrer Tochter Hyposwiss Privatbank verwaltete laut früheren Angaben etwa eine halbe Milliarde Franken an Vermögen von US-Kunden. Von allen Kunden galten 0,3% als «U.S. persons»,

wovon knapp die Hälfte Schweizer sind, die in Amerika leben, wie Bankchef Roland Ledergerber im Februar 2012 sagte. Im November 2011 hatte die Bank angekündigt, sich von den US-Kunden zu trennen. Heute will Banksprecher Simon Netzle wegen der komplexen Abklärungen nicht mehr über Zahlen sprechen. Die Bank werde «zu gegebener Zeit» informieren.

1000 US-Kunden, entsprechend 0,03% aller Kunden, hatte Raiffeisen genannt. Keine US-Kunden hat deren Tochter Notenstein, welche das Nicht-US-Geschäft von Wegelin übernommen hatte. Diese hatte 1,2 Mrd. Fr. an US-Geldern verwaltet.

AFG mit neuem Konsortialkredit

ARBON. Die AFG Arbonia-Forster-Holding hat mit einem Bankenkonsortium unter Führung der Credit Suisse einen Kredit mit einem Finanzierungsrahmen von 250 Mio. Fr. unterzeichnet. Der Kredit hat eine Laufzeit bis zum 30. November 2018. Er löst einen im Jahr 2007 abgeschlossenen Konsortialkredit über 275 Mio. Fr. ab, der diesen Monat ausläuft. Die neue Finanzierung sichert die finanzielle Sicherheit langfristig und gewährleistet weiteres Wachstum des Unternehmens, schreibt die AFG. Die Bedingungen für den Kredit seien eine Anerkennung der Firmenstrategie im Finanzmarkt, sagt AFG-Finanzchef Felix Bodmer. Die AFG konzentriert sich auf Gebäudehülle, Gebäudesicherheit und Gebäudetechnik. (sda)